

Einwohnerrat

Legislaturperiode 2018 bis 2021

Protokoll

der Sitzung, Dienstag, 28. Mai 2019, 19.00 Uhr, Pfaffechappe

Behandelte Traktanden	Seite
1. Inpflichtnahmen (18/19)	4
2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Strategiekommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 (19/19)	5
3. Geschäftsbericht 2018 (20/19)	5
4. Gesamtrechnung 2018 (21/19)	12
5. Sport- und Erholungszentrum Tägerhard, Wettingen; Sanierung und Erweiterung; Investitionsbeitrag an die Baukosten (22/19)	18
6. Postulat Antonia Stutz und Stefan Jecklin vom 5. April 2019 betreffend "Verwaltungs-Reorganisation (16/19); Antrag auf Überweisung	20
7. Anfrage Markus Widmer vom 17. September 2019 betreffend Elternbeiträge für Klassenlager und iPad-Benutzung im Unterricht (51/18); Antwort	23
8. Anfrage Thomas Amrein vom 12. Februar 2019 betreffend besserer Betreuung der Steuerzahler mittels Steuerberatung (08/19); Antwort	25
9. Alte Schmiede; denkmalpflegerische Sanierung, Einbau Jugendkulturlokal und Kulturräume; Wettbewerbs-/Projektierungskredit und Baukredit; Kreditabrechnungen (23/19)	25
10. Bestattungswesen; Entwicklungskonzept Friedhöfe Baden; Kreditabrechnung (24/19)	28
11. Erneuerungen der zentralen Informations- und Kommunikationstechnik (ICT) und Umsetzung ALL-IP; Kreditabrechnung (25/19)	29

Vorsitz:	Karin Bächli
Protokoll:	Sandmeier Marco, Stadtschreiber II
Stimmzählende:	Margreth Stammbach Thomi Bräm
Anwesend:	48 Mitglieder des Einwohnerrats 7 Mitglieder des Stadtrats
Verwaltung:	Jacqueline Keller Borner, Leiterin Kommunikation Heinz Kubli, Stadtschreiber Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung Jarl Olesen, Leiter Planung und Bau Yvonne Haller, Leiterin Stadtbüro Albert Conrad, Leiter Einwohnerservice Thomas Lütolf, Leiter Standortförderung Thomas Bumbacher, Leiter Öffentliche Finanzen Hildegard Hochstrasser, Leiterin Soziale Dienste Christian Villiger, Verwaltungsleiter Manfred Schätti, Leiter Immobilien Sarah Niedermann, Leiterin Stadtökologie David Müller, Leiter Gesellschaft Mirjam Obrist, Leiterin Volksschule
Entschuldigt:	Karim Twerenbold Adrian Gräub

Die Beschlüsse gemäss den Ziffern 3, 4, 5.1, 9.1, 9.2, 10, 11 unterstehen dem fakultativen Referendum. Sie sind einer Urnenabstimmung zu unterstellen, wenn dies von mindestens 10% der Stimmberechtigten in einem schriftlichen Begehren innert 30 Tagen nach Publikation des entsprechenden Beschlusses verlangt wird.

Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin

Ich begrüsse Sie alle herzlich zur zweiten Sitzung in diesem Jahr. Aufgrund der Traktandenliste und den Diskussionen, welche vorgängig geführt wurden, gehe ich davon aus, dass wir für die Sitzung nur einen Abend brauchen werden.

Karim Twerenbold und Adrian Gräub haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Nadia Omar wird etwas später kommen.

Protokoll

Das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung wurde publiziert. Es sind keine Einwände bzw. Korrekturanträge eingegangen. Ich erkläre das Protokoll somit als genehmigt. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten.

Mitteilungen:

Es ist geplant, die Einwohnerratssitzung vom August in Rütihof abzuhalten, sofern es genügend Traktanden geben wird. Eine Sitzung in Rütihof bedeutet, dass wir alle flexibler sein müssen. Es wird anders bestuhlt sein, und wir werden keinen Internetanschluss zur Verfügung haben. Sie müssen die Unterlagen vor der Sitzung herunterladen.

Ich wurde nach der letzten Einwohnerratssitzung von meiner Partei darauf hingewiesen, dass es diskriminierend sei, wenn ich nur den Frauen gratulieren würde, wenn sie Mütter werden. Bei den Damen ist es offensichtlicher als bei den Herren. Ich wäre deshalb bei den Vätern darauf angewiesen, eine Karte zu erhalten. Ich gratuliere Simon Binder herzlich zur Geburt seines Kindes.

Assunta Seiler ist per Ende April aus dem Einwohnerrat zurückgetreten. Ich kann sie leider nicht persönlich verabschieden, da sie in den Ferien ist. Peter Berger und Martin Groves haben auch ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat eingereicht. Peter Berger ist darüber hinaus auch noch aus der Strategiekommission zurückgetreten. Wir werden sie am Ende der Sitzung verabschieden. Alexander Schmid ist aus dem Wahlbüro zurückgetreten. Die Ersatzwahl wird im August stattfinden.

Mitteilungen des Stadtrats:

Obrist Erich, Stadtrat

Ich habe eine erfreuliche Mitteilung zu machen. Sie haben im Oktober 2017 einer Kreditgarantie über CHF 300'000 für die Renovation des Pfadiheims Rütibuck zugestimmt. Anfang Mai haben wir von der Pfadi-Abteilung Hochwacht die Abrechnung erhalten. Sie schliessen im Plus ab. Die Eventualverpflichtung der Stadt Baden muss also nicht in Anspruch genommen werden. Schuld daran ist die hochmotivierte Pfadi-Abteilung Hochwacht, das engagierte Leiterteam, das etwas aus dem herabgewirtschafteten Pfadiheim machen wollte. Es wurde eine Baukommission aus verantwortungsvollen Eltern gegründet, an der Spitze Marianne Flückiger-Bösch. Ausserdem wurde ein realistischer Finanzierungs- und Liquiditätsplan erstellt, ein funktionierendes Sponsoring aufgegleist – es sind noch CHF 8'500 übrig geblieben für den Erneuerungsfonds. Nicht zu vergessen ist der Einwohnerrat, der das öffentliche Interesse der Pfadi Hochwacht schätzt und

entsprechend der Kreditgarantie zugestimmt hat. Es ist eine grossartige Leistung von allen Beteiligten. Es ist für mich ein wunderbares Beispiel von aktiver Jugendarbeit, die wunderbar funktioniert hat.

Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin

Neueingänge:

Seit der letzten Sitzung sind 13 Vorstösse eingereicht worden:

Mein Beitrag zur Einabend-Sitzung ist, dass ich die Vorstösse nicht einzeln erwähne/aufzähle. Sie sind im Internet publiziert.

Seit der letzten Sitzung wurden die Dringliche Anfrage von Adrian Gräub vom 14. Februar 2019 betr. Vorgehen des Stadtrats bezüglich mögliches Asylzentrum in Rütihof und die Anfrage von Thomas Amrein vom 12. Februar 2019 betr. besserer Betreuung der Steuerzahler mittels Steuerberatung erledigt.

Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 29. Januar 2019 wurde online publiziert. Es sind keine Einwände oder Korrekturanträge eingegangen. Somit ist das Protokoll genehmigt. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten für das Verfassen des Protokolls.

1. Inpflichtnahmen (18/19)

Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin

Als Ersatz von Stefan Häusermann und Assunta Seiler-Cuccu sind Steven van Petegem und Romina Ettisberger in den Einwohnerrat nachgerutscht.

Ich bitte Sie, für die Inpflichtnahme nach vorne zu treten, und ich bitte alle Anwesenden aufzustehen.

Sandmeier Marco, Stadtschreiber II

Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrats, meine Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt wahrzunehmen, die Wohlfahrt der Stadt Baden zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Steven van Petegem und Romina Ettisberger:

Ich gelobe es.

Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin

Sie sind nun als Mitglieder des Einwohnerrats in Pflicht genommen. Ich wünsche Ihnen viel Freude und Ausdauer in diesem Amt.

2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Strategiekommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 (19/19)

Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin

Wie schon eingangs erwähnt, ist Peter Berger aus der Strategiekommission zurückgetreten. Die glp schlägt als Ersatz für ihn Fabian Hummel vor. Gemäss Geschäftsreglement muss die Mehrzahl der Strategiekommismissionsmitglieder im Einwohnerrat sein. Fabian Hummel wird für Peter Berger auch in den Einwohnerrat nachrücken. Er ist zurzeit ortsabwesend und wird erst an der Oktober-Sitzung im Einwohnerrat in Pflicht genommen werden.

Sander Mallien:

Ich beantrage offene Wahl.

Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin

Eine Mehrheit ist für offene Wahl.

Beschluss:

Für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 wird als neues Mitglied der Strategiekommission Fabian Hummel gewählt.

(Einstimmig)

3. Geschäftsbericht 2018 (20/19)

Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin

Wir behandeln das Geschäft wie folgt: Stellungnahme Strako, Eintretensdebatte, Detailberatung.

Bürgler Beatrice, Präsidentin Strategiekommission

Stadtmann Markus Schneider informierte am 9. Mai 2019 die Strategiekommission über das Erreichen/Nichterreichen der Jahres- und Legislaturziele.

Auf den ersten Blick war die Strategiekommission irritiert, weil sehr viele Jahres- und Legislaturziele mit "nicht erreicht" beurteilt wurden. Die Irritation erfolgte in zweierlei Hinsicht:

1. Warum wurden so viele Ziele nicht erreicht? Woran wurde gearbeitet?

2. Ist diese strenge Beurteilung in kommunikativer Hinsicht sinnvoll? Der Bericht ist öffentlich. Die Zielerreichung ist etwas vom Ersten, was gelesen wird. Das könnte Fragen aufwerfen.

Dazu lässt sich Folgendes sagen:

- Die Strategiekommission konnte die Ausführungen von Markus Schneider nachvollziehen. Es ist insbesondere zu erwähnen, dass die Verwaltung in den ersten vier Monaten des Jahres 2018 stark mit Budgetfragen beschäftigt war. Das wusste man zum Zeitpunkt der Zielformulierung noch nicht.
- Die Frage, ob die Indikatoren falsch gesetzt wurden, wurde selbstkritisch beantwortet. Die Strategiekommission teilt die Ansicht des Stadtrats, dass die Ziele auch in Zukunft herausfordernd formuliert sein sollen, die Indikatoren jedoch realistisch und erreichbar sein müssen.
- Die Beurteilung der Indikatoren war sehr streng.

Die Strategiekommission würde es begrüßen, wenn bei der Beurteilung der Ziele konsequent die folgenden Fragen beantwortet würden:

- Welche Indikatoren wurden inwieweit erreicht/nicht erreicht?
- Welche Ziele werden als neue Jahres- und Legislaturziele aufgenommen?
- Woran wurde gearbeitet?
- Woran wurde nicht gearbeitet und aus welchen Gründen?

Im vorliegenden Bericht wird auf die eine oder andere Frage eingegangen. Für eine bessere Lesbarkeit wäre es jedoch hilfreich, hier konsistenter zu verfahren. Es muss ausgewiesen werden, was geleistet wurde und weshalb einiges (noch) nicht in Angriff genommen werden konnte. In einem öffentlichen Bericht muss in erster Linie klarer kommuniziert werden.

Es ist der Strategiekommission allgemein ein grosses Anliegen, dass die Jahres- und Legislaturziele weiterhin sorgfältig und ernsthaft bearbeitet werden. Sie sind die Leitplanken der städtischen Politik und deshalb von grosser Bedeutung.

Bircher Barbara

Der Geschäftsbericht ist ein Abbild dafür, was es aus den einzelnen Ressorts Interessantes zu erfahren gab. Die Schreibweise jeden Stadtrats und jeder Stadträtin ist verschieden. Die Berichte kommen teilweise blumig und pädagogisch daher, andere muten sehr technisch, fast mathematisch an und sind sprachlich ein bisschen "holprig". Ich war jedoch erstaunt, was im letzten Jahr alles gelaufen ist.

Ich werde später über unsere Lieblingsstellen im Bericht sprechen. Zuerst werde ich über die Zielerreichung im Jahr 2018 sprechen.

Weshalb der Stadtrat die Beschreibung "erreicht/nicht erreicht" streng beurteilte, wird er später selber erklären. Wir haben die meisten Einschätzungen des Stadtrats geteilt.

Ziel 1: Gesellschaftlicher Zusammenhang: Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Stadtammann sich für dieses Ziel weniger begeistern kann als sein Vorgänger. Wir sind der Ansicht, dass mit

der Aussage, es gäbe keine schwerwiegenden Probleme in diesem Bereich, die Situation ein wenig unbeschwert und pragmatisch beschrieben wurde. In seinen Ausführungen in der Strategiekommission stimmte der Stadtammann dem selber zu, indem er von zwei Hotspots sprach, welche nun angegangen würden. Nach deren Auswertungen würde entschieden, wie das weitere Vorgehen sei. Das ist meiner Ansicht nach nicht der richtige Weg. Das eine tun bedeutet nicht, das andere zu lassen. Dieses Ziel als Restanz aufzuführen, wäre ehrlicher und vor allem konsequenter gewesen.

Ziel 2: Infrastruktur: Wir wären auch froh, wenn der Stadtrat mit der SBB endlich eine Lösung fände, damit die unbefriedigende Situation der Veloabstellplätze auf dem Gleis 1 beruhigt werden könnte. Es ist uns klar, dass daran gearbeitet wird. Es ist für uns jedoch unbefriedigend, dass so lange gebraucht wird, um eine befriedigende Lösung zu finden.

Ziel 7: Umwelt und Raum; BNO-Revision Galgenbuck: Wir hoffen, dass es gelingen wird, die Mellingerstrasse von der Erschliessung Galgenbuck abzukoppeln, damit es auch bei diesem Projekt endlich vorwärtsgehen kann.

Ziel 11.2: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: Wir erhoffen uns bei der Einführung des neuen Verwaltungsleitbilds, dass die Verwaltungsangestellten, welche sicherlich gute Arbeit leisten, zur Ruhe kommen können, sich wohl und wertgeschätzt fühlen können und bei ihrer Arbeit in der Stadtverwaltung ihre Ressourcen für ihr jeweiliges Kerngeschäft einsetzen können.

Unsere Fraktion ist bei den Legislaturzielen mit dem "teilweise erreicht" des Infrastruktur-Ziels 2 auch nur teilweise zufrieden. Welche Massnahmen zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs aus dem Agglomerationsprogramm wurden angepackt? Wird das überhaupt als neues Legislaturziel aufgeführt. Nein! Ist es eine Restanz? Nein! Wieso nicht?

Der Stadtrat erklärt, dass es nicht so sei, weil das Reglement zur Mobilität in der Vernehmlassung sei und weil gleichzeitig an einem Rad- und Fussverkehrsprojekt Schademühle gearbeitet werde. Auch hier bedeutet nicht das eine zu tun, das andere zu lassen! Den Grund für die Aufnahme in die Liste der Restanzen habe ich zuvor schon ausgeführt. Wer länger im Einwohnerrat oder in der Strategiekommission ist, kann ein Lied davon singen, dass es nicht einfach ist, klar verständliche und beurteilbare Indikatoren oder Massnahmen aufzustellen.

Beim Legislaturziel 11, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das besagt, die Stadtverwaltung solle ein effektives und innovatives Dienstleistungsunternehmen und eine attraktive Arbeitgeberin sein, steht "Ziel nicht erreicht". Bedeutet das jetzt, dass die Stadt kein effektives und innovatives Dienstleistungsunternehmen und keine attraktive Arbeitgeberin ist? Sehr wahrscheinlich nicht. Die Begründung des "nicht erreicht" ist nur verständlich, wenn man sich die Mühe macht, die Indikatoren und Massnahmen nochmals zu prüfen. Da das jedoch die wenigsten Leserinnen und Leser des Berichts tun dürften, hätten wir gerne Begründungen, die sich wirklich auf das Legislaturziel beziehen. Darauf bin ich bei den aktuellen Jahres- und Legislaturzielen sehr gespannt.

Ich freue mich, dass der Stadtammann bereits versichert hat, dass der "Wirtschaftsmotor" Baden gut brummt und wir uns keine Sorgen um die Zukunft machen müssen.

Wiederkehr Sarah

Die CVP schätzt grundsätzlich die selbstkritische Haltung des Stadtrats. Wir finden es gut, wenn man sich nicht einfach lobt und sich hinter "Worthülsen" versteckt. Wir schätzen auch die Förderung der Transparenz im Geschäftsbericht. Einerseits werden neu die Vollzeitäquivalente (FTE) externer Aufgaben, andererseits Abweichungen zu besetzten Stellen zum Budget ausgewiesen. Wenn ich im Nachgang etwas nachschlagen möchte, ist das eine wertvolle Information, weshalb mehr oder weniger Stellen besetzt wurden als vorgesehen waren.

Die Budgetkommission, die 2018 stattfand, hat viele Ressourcen in der Verwaltung und auf politischer Ebene gebunden. Deshalb konnten gewisse Ziele nicht erreicht werden. Wir hegen aber trotzdem den Wunsch, dass der Stadtrat zusammen mit der Verwaltung 2019 gezielt und fokussiert an den vorgegebenen Zielen arbeitet. Wenn man sich auf Ziele konzentriert, erfolgen Ergebnisse und bringt und schlussendlich vorwärts. Dann kann der Geschäftsbericht 2019 mit mehr erreichten Zielen ausgewiesen werden.

Glanzmann Daniel

Mein heutiges Votum heisst "Stillstand", hat jedoch noch ein Fragezeichen.

Man konnte im März im Badener Tagblatt lesen, dass sich mindestens zwei Damen vom team baden geärgert haben. Sie sagten, es sei Stillstand in der Stadt. Wir von der SVP fanden es gar nicht so schlecht. So kann man sicher sein, dass aus dieser Ecke keine übermässige Aktivität in Sachen Veloautobahnen etc. hervorgehen.

Wir fanden, dass wir in der Stadt nicht unbedingt "Stillstand" haben. Die Arbeiten am Schulhausplatz sind abgeschlossen. Die Arbeiten in den Bädern und am Oberstufenzentrum (welches zwar zu teuer daherkommt) laufen. Das Schulhaus Pfaffechappe ist in Planung. Das Regionale Pflegezentrum ist auf Kurs. Beim Mobilitätsreglement gab es eine Vernehmlassung. Grundsätzlich ist kein Stillstand zu verzeichnen.

Die Stadtpolizei ist auch sehr aktiv. Sie fotografiert in letzter Zeit so oft wie noch nie zuvor. Gleichzeitig wurde das öffentliche Klavier zerstört. Das ist eine Frage der Prioritäten.

Zu den Jahreszielen:

Seit zwei Jahren wird uns gesagt, dass eine Reform der Verwaltungsorganisation erfolgen wird. Aus unserer Sicht herrscht hier Stillstand. Bei der Langmatt herrscht ebenfalls seit Jahren Stillstand. Die Gesamtrevision Bau- und Nutzungsordnung steckt irgendwo fest. Der zuständige Mitarbeiter leistet anderswo gute Arbeit, jedoch auch hier: Stillstand.

Die Verwaltungsmitarbeitenden sind froh, dass keine weiteren Sparübungen mehr in Arbeit sind. Sie können sich wieder auf ihre Arbeiten konzentrieren und sind nicht mehr mit der Überarbeitung des Budgets oder mit dem Prüfen von Sparmassnahmen beschäftigt. Das passt allerdings nicht zu den oben erwähnten drei Punkten.

Wir finden, dass der Stadtrat im Gegensatz zu früher wieder harmonisiert. Was wir jetzt erwarten ist Gestaltungs- und Führungswille. Dabei kann er auch Fehler machen, Hauptsache ist, dass etwas getan wird.

Das muss sich ändern, dann können wir wieder über Themen diskutieren und nicht mehr über Stillstand.

Wälty Luca

Das team baden dankt den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und dem Stadtrat für die geleistete Arbeit zum Wohl der Stadt Baden. Wir wissen, dass ihre Arbeit im Jahr 2018 nicht einfach war. Die Sparbemühungen rund um die Budgetkommission beschlagnahmten die Ressourcen. Wir hoffen für das Jahr 2019, dass sie sich voll und ganz auf ihre Aufgaben konzentrieren können und sich mit viel Freude und Engagement weiterhin für die Weiterentwicklung der Stadt Baden einsetzen.

Wenn sich die Stadt Baden die Digitalisierung und Smart City auf die Fahne schreibt, soll sie darauf achten, dass die jetzigen digitalen Angebote, z.B. die Kulturagenda des Standortmarketings, einwandfrei funktionieren und benutzerfreundlich sind.

Es haben sich Fragen zu den pendenten Vorstössen ergeben. Einige Postulate und Motionen wurden vor über acht Jahren eingereicht und überwiesen. Das team baden würde es begrüessen, wenn die Vorstösse zeitnaher bearbeitet würden oder mindestens vom Stadtrat ein Kommitment abgegeben würde, wann er gedenkt, diese zu bearbeiten.

Das team baden hat die Jahres- und Legislaturziele auch kritisch begutachtet. Nur drei von zwölf Legislaturzielen hat der Stadtrat erreicht. Klammert man die wirtschaftlichen Ziele aus, hat man lediglich das Ziel 8 erreicht, nämlich, dass man die zukünftige Nutzung des Areals RPB klärt und die Umsetzungsmassnahmen bekannt sind. Das Jahresziel wurde erreicht und das RPB wird auch in Zukunft das Areal nutzen. Ungeachtet dessen schätzen wir die Strategie 2015+ des RPB als sehr fundiert und nachhaltig ein.

Zusammengefasst ist das Urteil aber eher ernüchternd. Der Stadtrat hat seine Ziele eher mit halbem Einsatz verfolgt. Ausreden, wie der Stadtrat hätte die Ziele streng und kritisch bewertet oder die Indikatoren ungünstig gesetzt, lassen wir nur halb gelten. Wäre das der Fall gewesen, hätte der Stadtrat nichts dazu gelernt. Bei den Jahreszielen 2019 lauten die Indikatoren teilweise wieder wie "Auftrag ist erledigt" oder "Ergebnisse liegen vor". Mit solchen Indikatoren ist es für den Einwohnerrat und der Strategiekommission schwierig, das Erreichen der Ziele zu beurteilen.

Zum Ziel 1, Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Vier Jahre lang hat es der Stadtrat verpasst, Spielregeln und Verhaltensweisen im öffentlichen Raum zu definieren. Es gibt genügend Beispiele für Räume, in denen es notwendig gewesen wäre - Kurpark, Schulhaus Pfaffechappe, Limmatraum, Ruine Stein.

Zum Ziel 2: Infrastruktur: Der Stadtrat schreibt, dass eine Überquerung des neuen Schulhausplatzes mit dem Velo sicherer und attraktiver sei. Das team baden teilt diese Meinung nicht. Auch Provelo schätzt die Situation anders ein als der Stadtrat. Weiter schreibt der Stadtrat, dass die Passagierzahlen der RVBW sich von 2015 bis 2018 positiv entwickelt hätten (plus 1,2%). Wenn man das Bevölkerungs- und Mobilitätswachstum berücksichtigt, sind die Zahlen eher erschreckend und haben sicherlich nicht zum Erreichen des Ziels beigetragen. Aus diesem Grund wird die Umsetzung der Städteinitiative nötiger denn je.

Das team baden ist schon eine lange Zeit als konstruktive Opposition im Stadtrat vertreten. Wir sehen positiv in die Zukunft. Wir haben den Wunsch an den Stadtrat, dass er seine Ziele so setzt, dass er sie selber beeinflussen kann, und dass er die Indikatoren so setzt, dass sie für den Einwohnerrat und die Strategiekommission nachvollziehbar sind, indem die Indikatoren spezifisch, messbar und realistisch sind.

Staubli Michael

Auf den ersten Blick erscheint der Geschäftsbericht 2018 mit den Schwarzweissfotos des Kurtheaters sehr hübsch. Uns hat das eine oder andere auch inhaltlich gut gefallen. Vieles wurde schon gesagt.

Zum leidigen Erreichen der Jahresziele ist zu erwähnen, es wäre vielleicht eine Idee für die Lesbarkeit und die Transparenz des Geschäftsberichts, dass in Zukunft auch die Indikatoren der Jahres- und der Legislaturziele den Weg in den Geschäftsbericht finden würden. Am Schluss stellte sich für uns die wichtige Frage, was der Stadtrat mit dem schwierigen Resultat macht. Hat man Lehren daraus gezogen? Setzt man in Zukunft die Indikatoren so, dass die Messbarkeit eher gegeben ist oder dass die Indikatoren wirklich das abbilden, was die Jahres- und Legislaturziele wirklich vorgeben. Wichtig ist aber weiterhin, dass die Ziele Abbilder von Visionen für unsere Stadt sein sollen. Das Setzen von Zielen, die leicht zu erreichen sind, ist in unseren Augen nicht der Weg.

Den Mitarbeitenden der Abteilung Standortmarketing gilt unser spezieller Dank. Sie sind positiv zu erwähnen, siehe die Diversifizierung der Arbeitsplätze in Baden.

Zum Ziel 2 zu den Veloabstellplätzen: Die Grünen glauben nicht, dass es eine gute Idee ist, wenn man in Bahnhofsnähe noch mehr Veloabstellverbote aufstellt.

Humbel Adrian

Wir haben einmal mehr eine gebündelte Form von Informationen über das vergangene Jahr erhalten. Der Umfang des Berichts ist gewachsen. Es fällt nicht so auf, wegen der PDF-Datei. Seit 2015 ist er aber von 80 auf 100 Seiten gewachsen. Von uns aus könnte dieser stringenter geschrieben werden. Die FDP-Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten für das Verfassen des Berichts.

Wie bei einem Krimi oder einem technischen Bericht fängt man am besten von hinten an zu lesen. Da steht eine Fülle von interessanten Zahlen, deren gesamtheitliche Interpretation wahrscheinlich einer Doktorarbeit gleichkommt. Beispiele dafür ist die langjährige Statistik über die Logiernächte, die nach einem gewaltigen Einbruch in den 80iger und den 90iger Jahren im Jahr 2003 einen absoluten Tiefpunkt erreichte. Heute liegt diese wieder auf dem Niveau von 1991, interessanterweise verzichtet die Besucherstatistik des Kunstraums als einzige auf einen Vergleich der Zahlen mit dem Vorjahr. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Eine grosse Diskrepanz stelle ich zwischen den Ressortberichten und der Liste bez. Erreichen/Nichterreichen der Jahresziele fest. Den Ressortberichten ist nichts Negatives zu entnehmen. Studiert man die Liste bez. Erreichen/Nichterreichen der Jahresziele, fällt dann aber auf, dass zahlreiche Ziele nicht erreicht wurden. Jeder Fussballtrainer müsste sich nach dieser Bilanz einen neuen Job suchen.

2018 ist jedoch viel besser gelaufen, als prognostiziert:

- Das Provisorium Sekundarstufe funktioniert bestens.
- Bei der Unterführung Schulhausplatz herrscht freie Fahrt für Velofahrer.
- Die Budgetkommission leistete, entgegen der Berichterstattung der Medien, gute Arbeit.

- Die Finanzen sind im Lot, auch ohne Steuererhöhung.

Schneider Markus, Stadtmann

Zunächst bedanke ich mich für das Auseinandersetzen mit dem Geschäftsbericht und für die Voten zur Vielseitigkeit des Berichts. Ich glaube dadurch ist der Bericht besser lesbar geworden. Die Statistiken sind sehr aussagekräftig, was meines Erachtens wichtig ist. Adrian Humbel hat daraus zitiert. Der Dank geht an die Verwaltung und an die Stadtratskolleginnen und -kollegen. Ich glaube, der Geschäftsbericht ist ein Abbild der Arbeiten des vergangenen Jahrs. Die Kritiken/Bemerkungen zur Zielerreichung haben wir zur Kenntnis genommen. Vielleicht haben wir uns zu streng beurteilt. Es kann sein, dass wir, als wir die Jahresziele oder vor vier Jahren die Legislaturziele formulierten, falsche Indikatoren gewählt haben. Dieses Jahr versuchten wir, es anders zu handhaben. Nach der Diskussion im Einwohnerrat, hatten wir den Eindruck, dass es nicht viel besser sei. Vielleicht finden wir eine Lösung. Wichtig ist die Zielerreichung 2019. Nach dem jetzigen Wissensstand nach dem vorliegenden 1. Quartalsbericht, sind wir bei den Zielsetzungen und den Legislaturzielen auf Kurs. Wir haben versucht, bei den Legislaturzielen und den Jahreszielen Visionen abzubilden. Der Einwohnerrat wird bei den nächsten Jahreszielen wieder beurteilen, ob uns das gelungen ist.

Wie bereits verschiedentlich gesagt, gibt es Projekte, die länger dauern. Die angesprochene Verwaltungsorganisation werden wir heute im Zusammenhang mit dem Postulat nochmals diskutieren. Die Arbeiten an der BNO sind im Gange. Der Stadtrat arbeitet zurzeit zusammen mit den zuständigen Mitarbeitenden ebenfalls an der Langmatt. Wir haben informiert, dass bis Ende Jahr ein Resultat vorliegen sollte. Wir können jedoch nicht zaubern. Wir können die Projekte erst dem Einwohnerrat vorlegen, wenn sie reif dafür sind. Wir arbeiten daran und versuchen, am Ziel festzuhalten.

Betreffend das Legislaturziel 1 "Gesellschaftliche Zusammenarbeit" weise ich darauf hin, dass wir die jetzigen Massnahmen basierend auf einen Runden Tisch mit allen an dem Projekt Beteiligten getroffen haben. Wir haben keine schriftlichen Spielregeln vereinbart/getroffen, sondern aus den Resultaten des Runden Tisches die Massnahmen abgeleitet, die wir dieses Jahr umsetzen werden. Die Frage ist, wurde das Ziel teilweise erreicht oder gar nicht? Unsere Aussage war nicht, dass wir nichts unternommen haben. Wir haben sicherlich vonseiten des Stadtrats und der Verwaltung gute Arbeit geleistet. Wir haben viele Projekte vorangetrieben. Wir hätten bezüglich Bewertung mit uns selber milder umgehen können. Es gab Zeiten, in denen wir die Ziele als "teilweise erreicht" bezeichnet haben und der Einwohnerrat danach befunden hat, dass die Ziele als "nicht erreicht" hätten bezeichnet werden sollen. Wir werden uns bemühen, in den nächsten Jahren einen Mittelweg zu finden. Ein wichtiger Hinweis ist die Formulierung der Indikatoren. Man sollte bei der Formulierung der Beurteilung konsequenter, klarer formulieren, wieso ein Ziel erreicht, nur teilweise erreicht oder gar nicht erreicht wurde. Wir werden uns das für den nächsten Geschäftsbericht zu Herzen nehmen.

Ich bedanke mich für die gute Aufnahme des Geschäftsberichts. Ich glaube, dass der Bericht inhaltlich gut ist. Die Form des aktuellen Geschäftsberichts ist sehr aufwendig. Wir prüfen, ob es für die Zukunft eine neuere, modernere Form eines Berichts gibt.

Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin

Das Wort wird nicht weiter gewünscht. Wir verzichten demnach auf die Detailberatung.

Beschluss:

Der Geschäftsbericht 2018 wird genehmigt.

(einstimmig)

4. Gesamtrechnung 2018 (21/19)

Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin

Wir behandeln das Geschäft wie folgt: Stellungnahme Fiko, Eintretensdebatte, Detailberatung.

Bosshardt Fritz, Präsident Finanzkommission

Die Gesamtrechnung 2018 wurde von der neuen externen Revisionsstelle geprüft. Gemäss Prüfungsurteil ist die Rechnung korrekt und nach den gesetzlichen Vorschriften geführt worden.

Neben den reinen Zahlen prüfte die neue Revisionsstelle, BDO, auch die Kontrollprozesse bei der Verwaltung. Es hat sich dabei gezeigt, dass sich der Wechsel des Revisors ausgezahlt hat, denn ein neuer Blickwinkel findet neue Schwachstellen. Die Revisionsstelle stellte z.B. fest, dass die Stadt Baden kein internes Kontrollsystem hat. Sie empfiehlt dem Stadtrat, das vor etwa acht Jahren bereits einmal aufgegleiste Projekt zu reaktivieren und ein IKS in Angriff zu nehmen.

Die vorliegende Rechnung ist aus mehreren Aspekten aussergewöhnlich und wahrscheinlich nicht repräsentativ für die kommenden Jahre. Insbesondere stechen die grossen Budgetabweichungen ins Auge. Auf der Ertragsseite ist das die gesetzlich vorgeschriebene periodische Neubewertung des Finanzvermögens, die zu rund CHF 21,1 Mio. Budgetabweichung führt. Die FIKO teilt die Auffassung der Revisionsstelle, dass die Neubewertung der Abteilung Immobilien seriös gemacht wurde und eher konservativ ist.

Auf der Aufwandseite fallen beim Finanzaufwand insbesondere die hohen Investitionskosten in die Liegenschaften des Finanzvermögens ins Gewicht. Man hat sich hier entschieden, aus baulichen Gründen, zum Wohl der Mieter und infolge der Aufwertung des Finanzvermögens, die Investitionen im Roggeboden vorzuziehen und die Arbeiten bereits 2018 mehrheitlich durchzuführen.

Beim Transferaufwand zeigen sich ebenfalls grosse Abweichungen, nämlich rund CHF 1,5 Mio. zur Budgetierung. Der Transferaufwand macht ungefähr CHF 48 Mio., also ein Drittel, unseres Aufwands aus. Es handelt sich dabei um Posten wie die Lehrerbesehung, den Finanzausgleich, die Krankenpflege oder Beiträge an Altersheime. Die Finanzkommission wünscht im Hinblick auf das Budget 2020 hier einen besseren Überblick. Man kann bei den einzelnen Produkten nachsehen, wo die Teile des Transferaufwands verbucht wurden, was allerdings relativ aufwendig und nicht ganz übersichtlich ist. Man hört von der Verwaltung, dass der Transferaufwand nicht beeinflussbar sei. Aus Sicht der Verwaltung mag das zutreffen. Für uns Politiker stimmt es nicht ganz. Viele Kosten, die der Kanton im letzten Jahr der Stadt weitergegeben hat, haben beim Transferaufwand zu einem kontinuierlichen Anstieg geführt. Für die jetzigen und zukünftigen Grossrätinnen und Grossräte unter Ihnen ist es von Interesse, diese Zahlen genauer verstehen zu können und zu sehen, woher der kontinuierliche Anstieg stammt. Der Grossrat kann ihn nämlich beeinflussen.

Der neue Verteilschlüssel bei den WOV-Geldern wurde von der FIKO intensiv diskutiert. Neu werden 32,5% anstatt wie bisher 10% der Budgetabweichungen dem TEK-Fonds belastet. 2018 sind das erfreulicherweise CHF 2 Mio. mehr, aufgrund von CHF 6 Mio. Budgetabweichung bei den Steuern, die dem TEK-Fonds zufließen. Der SR hat uns versichert, dass sich die Boni im Rahmen der Vorjahre bewegen werden. Es gibt also kein "Goldregen" für die Verwaltungsangestellten. Der TEK-Fonds wird nicht "geplündert". Die FIKO stellt sich gleichwohl die Frage, ob es richtig ist, die Speisung des TEK-Fonds von Budgetabweichungen abhängig zu machen. Diese Abweichungen können nämlich anstatt auf z.B. CHF 2 Mio. plus auf z.B. CHF 6 Mio. minus fallen. Dann würde es in dem Jahr keine Boni geben. Das z.B. aufgrund von nicht antizipierten Konjunkturschwankungen fehlenden Steuereinnahmen von juristischen Personen. Das wäre nicht im Sinne des TEK-Fonds. Die FIKO empfiehlt dem Stadtrat, eine Anpassung des WOV-Reglements zu prüfen. Wir schlagen dazu Folgendes vor:

- eine Deckelung des WOV-Fonds – nicht nur des TEK-Fonds, sondern auch der anderen WOV-Fonds.
- Budgetabweichungen der Abteilung Steuern sollen grossmehrheitlich dem Cashflow der Rechnung zufließen und nicht auf WOV-Konten verteilt werden.

Die FIKO empfiehlt Ihnen einstimmig, die Gesamtrechnung 2018 zu genehmigen.

Hostettler Fiona

Wir haben uns beim Geschäftsbericht im Interesse der Zeit zurückgehalten. Dafür können wir jetzt das erste Votum halten.

Wir sind sehr zufrieden, dass die Rechnung positiv ausgefallen ist und, abgesehen von den Sondereffekten, über die gesamte Verwaltung grossmehrheitlich sehr diszipliniert gearbeitet worden ist, um das Budget einzuhalten.

Ein paar generelle Kommentare: Wir waren im letzten halben Jahr mit einer Steuererhöhung beschäftigt. Wir haben den Eindruck erhalten, dass mit der Betonung der Sondereffekte fast ein wenig Marketing betrieben wird für den nächsten Antrag einer Steuerfusserhöhung. Ich frage mich, ob man bei umgekehrten Vorzeichen, bei negativen Sondereffekten, auch sagen würde, man solle alles nicht für bare Münze nehmen, es sei alles nicht so schlimm, wie es aussähe. Ich würde gerne vom Stadtammann mehr Statements hören, dass es im Wirtschaftsmotor Baden brummt und das Baden attraktiv ist. Und weniger, dass er die Situation schlecht redet.

Wir erhalten heute Abend noch Gelegenheit, über die Verwaltungsreorganisation zu sprechen. Das ergibt hoffentlich Potential, um die Situation weiter zu optimieren. Die Budgetkommission hat – wie im Geschäftsbericht erwähnt – auch eine lange Liste mit Vorschlägen, wie man die Stadt Baden weiterhin auf der finanziellen Seite hochheben kann.

Die glp empfiehlt die Gesamtrechnung 2018 zur Annahme.

Kessler Stefanie

Die SP Baden wird der Rechnung 2018 zustimmen. Diese fällt, wenn man die Aufwertungen der städtischen Immobilien vom Gesamtergebnis abzieht, knapp positiv aus. Weniger erfreulich ist, dass die Verschuldung der Stadt Baden aufgrund der grossen Investitionen 2018 um über CHF 17 Mio. angestiegen ist. Wir sind gespannt, wann der Stadtrat wieder den Mut aufbringt, auch über eine unliebsame Steueranpassung zu diskutieren, um das ambitionierte finanzielle Legislaturziel eines ausgeglichenen operativen Ergebnisses in den nächsten Jahren zu gewährleisten. Aus unserer Sicht ist es deshalb besonders wichtig, dass der Stadtrat die Fraktionen und die Öffentlichkeit noch vor den Sommerferien darüber informiert, wie er das kommende Budget gestalten will. Nur so kann gemeinsam und ohne Druck nach Lösungen gesucht werden. Wir sind weiter der Meinung, dass die Neuverteilung der WOV-Regeln im Auge behalten werden muss. Besonders die daraus entstandene unternehmerische Freiheit für den Stadtrat sorgt bei uns für ein eher ungutes Gefühl.

Ansonsten gibt es aus Sicht der SP Baden keine weiteren Diskussionspunkte. Wir danken allen Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Jaecklin Stefan

Die FDP findet, dass es eine interessante Rechnung ist. Wir haben vor einem halben Jahr heisse Debatten über die 5% Steuerfusserhöhung geführt. Wir wurden fast mit einem schlechten Gewissen heimgeschickt. Es hiess, dass wir die Stadt in den Ruin treiben würden. Wir müssten dringend die Steuereinnahmen erhöhen und unbedingt Schulden abbauen. Die Steuereinnahmen sind effektiv gestiegen, und zwar um ganze 8%. Das ist ein gutes Resultat. Die Hälfte davon ist von juristischen Personen. Das ist das, was wir letztes Jahr gesagt haben, dass von juristischen Entitäten mehr zu erwarten ist. Wir hatten also eine Steuereinnahmenerhöhung ohne Steuerfusserhöhung.

Nicht die absolute Schuld spielt eine Rolle, sondern die Nettoschuld, und diese wurde in dieser Stadt deutlich reduziert. Wir sind bei CHF 540'000 Nettoschuld. Man kann sagen, dass wir einfach Glück hatten, weil die Liegenschaften mehr Wert haben. Das ist wahr, wir können jedoch die Liegenschaften auch verkaufen. Wir sind eigentlich keine Liegenschaftenbesitzer. Das ist keine Funktion der Stadt. Damit wird die Nettoschuld effektiv reduziert. Wir sind uns bewusst, dass beides ein Geschenk ist, und wir sind dankbar dafür, jedoch die Aufwandentwicklung begeistert uns weniger. Wir haben eine Stabilisierung bei der Aufwandentwicklung erreicht. Das ist zwar eine gute Leistung, aber wir haben keine Aufwandreduktion erreicht. Ich möchte deshalb den Begriff "sparen" in den Kontext setzen. Wir haben nämlich keinen Franken gespart. Der Nettoaufwand, als Personal- und Sachaufwand, betrug letztes Jahr CHF 64 Mio. und vorletztes Jahr CHF 64 Mio. Er hat sich also nicht verändert.

Wir können in dieser Stadt noch vieles bewirken. Wir können die Stadt effizienter gestalten. Wir werden später noch über die Verwaltungsreorganisation sprechen. Das würde allen etwas bringen, den Dienstleistungsempfängern, weil sie effizientere Dienstleistungen erhalten würden, der Verwaltung selber, weil es angenehmer ist, effizienter arbeiten zu können. Schlussendlich bringt es auch dem Steuerzahlenden etwas.

Wir nehmen die Rechnung in dieser Form so an und begrüssen das Resultat.

Niggli Martina

Das team baden hat zur Kenntnis genommen, dass das Gesamtergebnis 2018 ausgezeichnet ausgefallen ist. Ein operatives Ergebnis, welches CHF 21 Mio. besser ausfällt als im Vorjahr, klingt fast zu schön, um wahr zu sein. Nach der Beurteilung der Finanzkommission und der externen Revisionsstelle ist es aber wahr. Es ist allerdings nicht aussagekräftig. Wenn man sich mit den bereinigten Kennzahlen auseinandersetzt, ist man schnell ernüchtert. Die Ernüchterung weicht auch nicht, wenn man den Bericht der Revisionsstelle konsultiert. Die Belastbarkeit der Stadt, also der Anteil an Mitteln, die für Abschreibungen und Zinsen zur Verfügung stehen, sei "nach wie vor auf sehr tiefem Niveau". Das Verhältnis vom Fiskalertrag zum Nettoaufwand ist nach wie vor nicht angemessen. Das, nach all den Sparübungen! Wir sind gespannt, mit wieviel Prozent Steuererhöhung der Stadtrat dem Missverhältnis entgegenwirken will. Aus den Voten zur Gesamtrechnung hören wir häufig, dass es sich vor allem um Vergangenheitsbewältigung handeln würde. Der Blick zurück sei nicht so spannend, wie derjenige nach vorne. Ich möchte dem widersprechen. Ich finde den Blick in die nahe Vergangenheit aufschluss- und lehrreich. Ich möchte ein konkretes Beispiel bringen. Der Überschuss gegenüber dem Budget bei den Steuern, zusammen mit dem neuen Verteilschlüssel für Budgetabweichungen, hat den TEK-Fonds des Stadtrats mit über CHF 2 Mio. geflutet. In diesem Fonds waren anfangs Jahr ca. CHF 370'000, nun sind es CHF 2,5 Mio. Das Ziel dieses Fonds ist es, dass die Mitarbeitenden für ihren Leistungsbeitrag an ein positives Gesamtergebnis der Stadt mit einer Teamorientierten Erfolgskomponente (TEK) beteiligt werden. Das ist aufschlussreich. Je höher die Steuern gegenüber dem Budget ausfallen, desto mehr Geld fließt in den TEK-Fonds. Oder reisserischer gesagt: Je defensiver die Budgetierung bei den Steuern ist, desto mehr potentielle Boni für die Verwaltungsangestellten. Ein Zusammenhang, der so nicht existieren sollte. Hier gibt es Handlungsbedarf. Deshalb unterstützt das team baden den Antrag der FIKO. Der Stadtrat soll den Umgang mit Budgetabweichungen in der Fachabteilung Steuern überdenken.

Das team baden bedankt sich bei allen Beteiligten für das Erstellen der Gesamtrechnung 2018. Wir werden sie genehmigen.

Stambach Margreth

Die Grünen stimmen der Gesamtrechnung 2018 zu. Die Gesamtrechnung zeigt grundsätzlich ein positives Ergebnis, und wir begrüßen die Budgetdisziplin der Abteilungen. Für das gute Ergebnis sind jedoch einige Einmal-Effekte zuständig, wie die Neubewertung der Liegenschaften und höhere Steuereinnahmen. Eine grosse Euphorie ist deshalb fehl am Platz. Wir befinden uns nach wie vor in einer Phase mit vielen Investitionen. Bei einigen laufenden Projekten zeichnen sich auch Kostenüberschreitungen ab, z.B. beim Sekundarstufenzentrum Burghalde und beim Schulhaus Pfaffechappe. In den nächsten Jahren wird die Stadt gezwungen sein, viel Geld für neuen Schulraum auszugeben. Deshalb wird in Zukunft nicht nur die Ausgaben-, sondern auch die Einnahmenseite sorgfältig verfolgt und geplant werden müssen. Wir hoffen, in dem Sinne, auf eine gute und positive Diskussion in Zukunft.

Rinderknecht Michael

Die Gesamtrechnung 2018 präsentiert sich auf den ersten Blick sehr erfreulich. CHF 22 Mio. Überschuss hat die Stadt letztes Jahr erwirtschaftet. Insbesondere die Aufwertung der städtischen Immobilien im Finanzvermögen hat über CHF 21 ergeben. Ein Buchgewinn, der bis auf weiteres auf seine umstrittene Realisierung wartet. Die SVP Baden ist, wie der Stadtrat selber und diverse andere Parteien auch, eher zurückhaltend und verweist auf das operative Ergebnis

ohne Sondereffekt, das immerhin immer noch erfreuliche CHF 600'000 ausweist. Budgetiert war nämlich ein Minus von CHF 1,6 Mio. Was machte 2018 den Unterschied? Die Steuereinnahmen der Stadt stiegen um CHF 6 Mio. Wer mitgerechnet hat, fragt sich, wo die anderen CHF 4 Mio. geblieben sind. Man hat die Gelegenheit genutzt, die WOV-Kasse vor den zu erwartenden mageren Jahren nochmals zu füllen. Der Steuersegen von 2018 kann selber einem ausserordentlichen Effekt zugeschrieben werden, nämlich den erhöhten Ausschüttungen der juristischen Personen im Vorfeld der Unternehmenssteuerrevision. Auf der anderen Seite – für die Rechnung 2018 – noch nicht relevant, sind die Drittmittel letztes Jahr um CHF 17 Mio. gestiegen. Die entsprechenden Abschreibungen werden uns erst später treffen. Insgesamt haben sich die Drittmittel der Stadt allein im letzten Jahr um 14% auf CHF 122 Mio. erhöht. Falls Sie in den CHF 21 Gewinn aus der Immobilienaufwertung einen Buchgewinn sehen, der eher mit Vorsicht zu geniessen ist, frage ich Sie, was Sie in den CHF 3,5 Mio. aus der Aufwertungsreserve sehen, die de facto die WOV-Kasse füllen?

Die SVP Baden bleibt dabei, dass die städtischen Finanzen angesichts der bereits beschlossenen Investitionen, der durch Leitbilder ständig ausgebauten Begehrlichkeiten und der Unsicherheit betr. der Zuständigkeit beim sparen – der mit Abstand grösste Klotz am Bein der lebensfrohen Stadt – darstellt. Wer auf die Hilfe des Badener Bürgers gehofft hatte, weiss immerhin, dass ein Steuersatz von über 92% von diesem zu grossen Teilen und bis tief ins linke Lager hinein abgelehnt wird. Was bleiben uns für Möglichkeiten? Evtl. wieder eine Sparkommission? Wir werden sehen.

Ventre Toni

Die CVP Baden ist mit dem Abschluss 2018 sehr zufrieden. Es ist ein guter Abschluss. Auch ohne Aufwertungen der Liegenschaften, hätten wir ein positives Ergebnis. Die Rechnung ist sehr nahe am Budget. Das ist sehr wichtig, damit es nicht zur grossen Speisung der versteckten "Kässeli" kommt. Wenn man genau budgetiert und es einhält, gibt es keine Budgetabweichungen. Ein Kompliment an viele Abteilungen bezüglich den Begründungen zu den Abweichungen. Diese werden immer besser. Man kann sie nachvollziehen. Die Problematiken sind, dass die Investitionen steigen werden, d.h. wir werden uns noch mehr verschulden. Die Verschuldung basiert in meinen Augen darin, dass das Fremdkapital um CHF 18 Mio. gestiegen ist. Auf der anderen Seite hatten wir im Finanzvermögen den Segen von rund CHF 21 Mio. Die Verschuldung wird steigen. Die Investitionen werden verursachen, dass wir mehr Abschreibungen tätigen müssen. Das treibt den Nettoaufwand in die Höhe. Ich verstehe deshalb das Anliegen, man solle die Verschuldung mit Mehreinnahmen in den Griff bekommen. Mehreinnahmen budgetieren, ist jedoch sehr schwierig. Bei den Steuern waren wir z.B. völlig daneben und auch bei der öffentlichen Sicherheit. Einnahmen sind auch in einem normalen Geschäft, z.B. in einer Metzgerei, schwer budgetierbar. Die Ausgaben kann man sehr gut budgetieren und auch Kosten sparen. Man sollte also auf den Aufwand achten. Beim Finanzvermögen sicherlich nichts "verschern". Bei den Finanzanlagen erzielten CHF 3,2 Mio. Dividende. Wie viele Steuerprozent sind das? Man muss sich also gut überlegen, ob man beim Finanzvermögen verkaufen soll oder nicht.

Schauen wir in die Zukunft. Ich bin auf das Budget 2019 gespannt, weil wir viel dafür gearbeitet haben. Ich widerspreche Stefan Jaecklin. Der Aufwand geht von CHF 64 Mio. auf CHF 62,5 Mio. im Budget 2019 zurück. Das muss erreicht werden. Ich drücke die Daumen.

Wir werden die Gesamtrechnung 2018 einstimmig genehmigen.

Schneider Markus, Stadtammann

Das Volk eine Erhöhung des Steuerfusses abgelehnt. Es hat immer Recht. Das müssen wir alle akzeptieren. Jetzt geht es ohnehin um eine Rechnung und nicht um ein Budget. Beim Budget werden wir wieder über den Steuerfuss diskutieren. Wir haben gesagt, dass wir versuchen werden, den Finanzplan genauer zu erstellen. Wir versuchen, genauere Angaben liefern zu können. Wir arbeiten mit der Finanzkommission zusammen. Wir haben diesen schon zwei Mal präsentiert. Wir werden alles transparent darlegen. Ich bitte Sie, dies zu würdigen.

Ich möchte eine Aussage betreffend Nettoaufwand richtigstellen. Der Nettoaufwand ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr interessant. Der Einwohnerrat hat sich für die Kennzahl ausgeglichenes operatives Ergebnis über 10 Jahre ausgesprochen. Wir müssen uns am operativen Ergebnis messen lassen. In diesem Jahr sieht es gut aus. Wir sind 0,6 darüber. Das zu erreichen, war eine gute Leistung. Wir hatten anders budgetiert. Es wurden die Aufwertungen erwähnt. Diese spielen für die Beurteilung des operativen Ergebnisses keine Rolle, da dieses neutralisiert wird. Sie haben die Spielregel aufgestellt. An der müssen wir uns messen lassen. Der Steuerfuss wird langfristig betrachtet, daran arbeiten wir zusammen mit der FIKO.

Es wurde TEK angesprochen. Beim TEK haben wir die Spielregeln geändert. Wir haben die FIKO darüber informiert. Wir haben die Wünsche, Anregungen oder die zu prüfenden Aufträge der FIKO entgegengenommen. Wir haben bereits in der FIKO-Sitzung gesagt, dass wir die Spielregeln der Füllung dieses Topfs weiterhin verfolgen werden. Ob wir es genauso machen werden, wie die FIKO es zur Prüfung vorgeschlagen hat, kann ich zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen. Ich versichere Ihnen, dass der Stadtrat die Steuern nicht falsch budgetieren wird, damit er möglichst viel im TEK-Fonds hat. Ich gehe davon aus, dass alle Finanzexperten, die im Einwohnerrat sitzen, es längst durchschaut hätten, wenn wir das machen würden. Wir mussten genauer werden, das war wichtig. Wir werden die Finanzplanung und die Steuerprognosen vorantreiben, Hauptpunkt ist, dass wir jetzt andere Angaben besitzen, als zur Zeit der Budgetierung. Es fand eine Volksabstimmung statt. Diese Effekte haben dazu geführt, dass wir CHF 2 Mio. mehr Einnahmen hatten bei den natürlichen Personen. Mit diesen Angaben können wir arbeiten, was bedeuten wird, dass wir noch genauer sein werden.

Ich bitte Sie, beim letzten Punkt, sich auch ein wenig an der Nase zu nehmen. Es geht ums Geldausgeben. Der Stadtrat hat im letzten Jahr bewiesen, dass er sehr wohl Kostenvorgaben macht und sie auch durchsetzt. Er ist bereit, sich messen zu lassen an den Finanzen. Der Einwohnerrat sollte sich diesen Kriterien ebenfalls unterwerfen. Es ist zwar Ihr Recht, es nicht zu tun, aber ich bitte Sie, den Vorwurf, keine Projektvorgaben zu machen, nicht dem Stadtrat weiterzugeben. Den letzten Entscheid im Dezember haben Sie umgestossen. Es war Ihr Recht, und wir müssen damit umgehen.

Der Neubau des Sekundarstufenzentrums ist in finanzieller Hinsicht auf Kurs. Eine Kostenüberschreitung ist bei der Sanierung der Burghalde 1 zu erwarten.

Wir präsentieren eine gute Rechnung für 2018. Es wird nicht darum gehen, das Tafelsilber zu "verschern" oder etwas zu verkaufen und keine Einnahmen mehr zu erzielen. Wir werden aber weiterhin gefordert sein. Der Stadtrat will, mit Ihnen zusammen, die Kosten im Griff haben, die Finanzplanung exakter machen und weiterhin gute Projekte für die Stadt Baden realisieren.

Beschluss:

Die Gesamtrechnung 2018 wird genehmigt.

(einstimmig)

5. Sport- und Erholungszentrum Tägerhard, Wettingen; Sanierung und Erweiterung; Investitionsbeitrag an die Baukosten (22/19)

Bosshardt Fritz, Präsident Finanzkommission

Finanztechnisch geht es bei diesem Geschäft von der linken in die rechte Hosentasche. Baden unterstützt Wettingen bei der Sanierung des Sportzentrums Tägerhard und Wettingen sollte Baden bei den Baukosten für das Kurtheater unterstützen. In der FIKO gab es ein Votum, wonach man alles so stehen lassen und auf die beiden Beiträge demzufolge verzichten sollte. Wettingen könnte sich so die Volksabstimmung sparen. Die FIKO sieht es regionalpolitisch ein wenig anders. Bei diesem Geschäft geht es um die politische Wirkung in der Region. Die Gemeinden beteiligen sich gegenseitig an den beiden Grossinvestitionen im Bereich Kultur und Sport. Das sollten alle Gemeinden so handhaben. Deshalb soll auch Baden an Wettingen und Wettingen an Baden mitfinanzieren.

Unter dieser Prämisse empfiehlt Ihnen die FIKO grossmehrheitlich, den Kredit zu genehmigen.

Berger Peter

Die glp stimmt dem Antrag, sich an den Baukosten zur Sanierung des Sportzentrums Tägerhard, Wettingen, finanziell zu beteiligen, zu. Das Papier zur gegenseitigen Beteiligung in gleicher Höhe Tägi - Kurtheater liest sich ein wenig kompliziert mit den vielen Daten. Es ist aber eigentlich einfach. Baden beteiligt sich mit CHF 4,9 Mio. am Tägi und Wettingen mit CHF 4,9 Mio. am Kurtheater. Die glp hofft, dass in Zukunft solche Geschäfte überflüssig sein werden; Stichwort "Gemeindefusion".

Groves Martin

Die regionale Zusammenarbeit ist für uns wichtig. Die SP-Fraktion wird dieser Vorlage selbstverständlich zustimmen. Wir fragen uns jedoch, worin der tiefere Sinn besteht, sich gegenseitig genau den gleichen hohen Betrag zuzusprechen. Es geht zweifelsfrei um einen symbolischen Wert. Es ist aber ein absolutes Null-Summen-Spiel. Die Arbeitsstunden der Verwaltung in der Erarbeitung der Vorlage, in Wettingen dann noch die Abstimmung, kosten Geld, das alles für die Symbolik. Die Vorlage zeigt aus unserer Sicht etwas Anderes. Es ist der kleinste gemeinsame Nenner, den man vielleicht erreicht hat bei der Gemeindeübergreifenden Diskussion zwischen dem Stadtrat und dem Gemeinderat Wettingen. Es scheint nicht einfach zu sein, mit unseren Nachbarn über die eigentlichen Werte unserer Institutionen zu diskutieren. Kurtheater - Sportzentrum Tägerhard: Sind das gleiche regionale Werte? Wäre es in Zukunft nicht nötig, dass man miteinander über die Lasten diskutiert und daraus ein wirklicher Wert resultiert, den man sich gegenseitig zuspricht. Wir glauben, dass diese Diskussionen über den regionalen Wert von Institutionen wichtig sind. So wird das gegenseitige Verständnis gestärkt, sich angemessen daran zu

beteiligen. Wenn es allerdings so läuft, ich gebe dir einen Franken und du gibst mir einen Franken, scheinen wir - nach unserer Sicht - weit weg zu sein, sich gegenseitig zu vertrauen und den wirklichen Wert der Institutionen zu würdigen und diesem gerecht zu werden.

Wir sind zwar dafür, hätten uns aber eine breitere Diskussion gewünscht.

Bräm Thomas

Der Einwohnerrat Wettingen hat den geplanten Investitionsbeitrag ans Kurtheater Baden von CHF 4'940'000 erfreulicherweise mit grosser Mehrheit genehmigt. Es folgt eine Volksabstimmung, welche hoffentlich zum selben Ergebnis führen wird.

Unter Vorbehalt der Bewilligung bzw. des positiven Entscheids der Wettinger-Bevölkerung beteiligt sich die Stadt Baden mit einem gleich hohen Investitionsbeitrag an der Sanierung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard in Wettingen.

Die CVP begrüsst diese regionale Zusammenarbeit sehr, und wir sprechen andere Gemeinden an, ebenfalls so vorzugehen, wie bei dieser guten Kooperation mit dem Tägi und dem Kurtheater.

In der Region werden in Zukunft weitere Grossprojekte anstehen. Es kann nicht sein, dass nur Baden und Wettingen diesem Modell folgen. Auch kleinere Gemeinden sind angesprochen, über die Gemeindegrenzen hinauszuschauen und mitzumachen.

Wir freuen uns, dass wir in Baden ein Theater haben und man dafür in Wettingen aufs Eisfeld kann.

Vonesch Tobias

Wir finden es grundsätzlich gut, dass sich die Stadt am Projekt Tägerhard beteiligt. Wir finden es noch besser, dass seitens Wettingen etwas zurückkommt. Am besten würden wir es finden, wenn sich die umliegenden Gemeinden in Zukunft vermehrt an Projekten oder Dienstleistungen von regionaler Tragweite beteiligen würden.

Humbel Adrian

Nur noch zur Information: Die Baden-Regio-Gemeinden beteiligen sich an den Baukosten des Kurtheaters. Es gibt einen Verteilschlüssel, den man definiert hat. Es ist nicht nur die Gemeinde Wettingen, die an das Kurtheater zahlt. Sämtliche Baden-Regio-Gemeinden zahlen einen Betrag von gesamthaft CHF 2 Mio.

Vonesch Tobias

Ein weiteres Beispiel wäre die Stadtbibliothek.

Schneider Markus, Stadtammann

Das meiste, was gesagt wurde, ist richtig. Wir sprechen Wettingen einen Beitrag zu und Wettingen uns. Beide sind gleich hoch, es ist ein Null-Summen-Spiel. Die anderen Baden-

Regio-Gemeinden beteiligen sich ebenfalls. Vor diesem Hintergrund ist es auch richtig, wenn sich Baden und Wettingen verpflichten. Das hat zur Konsequenz, dass Wettingen eine Volksabstimmung abhalten muss. Wettingen nimmt es in Kauf. Deshalb geht Baden diesen Weg auch. Selbstverständlich müssen alle Gremien zustimmen, damit es zustande kommt. Es sind zwei Projekte, bei denen man es so vereinbart hat. Es war möglich, weil man das vereinbart hat, bevor der Bau angefangen hat. Schwieriger gestaltet es sich bei Zentrumsaufgaben, wie z.B. eine Stadtbibliothek, die bereits in Betrieb ist. Dort noch einen Beitrag im Nachhinein zu verlangen, ist schwieriger als bei neuen Projekten. Man muss in Zukunft daran denken, bei neuen Projekten ein solches System anzuwenden. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es umliegende Gemeinden hat, die Beiträge an die Bibliothek oder ans Werkk leisten. Wir wären selbstverständlich froh, wenn weitere dazu kämen.

Danke für die gute Aufnahme und für die Zustimmung zu den Anträgen.

Beschluss:

1. An die Baukosten für die Sanierung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard in Wettingen wird – unter Vorbehalt der Bewilligung eines gleich hohen Investitionsbeitrags durch den Einwohnerrat und die Stimmberechtigten der Gemeinde Wettingen an die Baukosten des Kurtheaters Baden – ein Investitionsbeitrag von CHF 4'940'000 (inkl. MWST) bewilligt.

(einstimmig)

2. Von den jährlich wiederkehrenden Investitionsfolgekosten von CHF 178'193 zulasten der laufenden Rechnung wird Kenntnis genommen.

(einstimmig)

6. Postulat Antonia Stutz und Stefan Jaecklin vom 5. April 2019 betreffend "Verwaltungsreorganisation (16/19); Antrag auf Überweisung

Schneider Markus, Stadtmann

Wir beantragen Ihnen heute, das Postulat zu überweisen. Dies aus folgenden Gründen:

Wir haben uns das Legislaturziel betreffend "Verwaltungsreorganisation" gesetzt. Wir haben auch ein entsprechendes Jahresziel formuliert. Wir möchten bis Ende Jahr die Organisationsform definiert haben. Wir möchten dann wissen, was wir in den nächsten Jahren umsetzen wollen. Im Postulat wird sogar ein Vorschlag unterbreitet, wie das Organigramm aussehen könnte. Eine allfällige Überweisung im August würde keinen Sinn machen, weil der erste Workshop einer grösseren Gruppe seitens Stadtverwaltung noch vor den Sommerferien stattfinden wird. Das Projekt wurde so aufgestellt, dass eine Gruppe aus der Verwaltung das jetzige System nach Stärken und Schwächen beurteilen wird. Ein zweites Teilprojekt wird neue Systeme aufzeigen, das moderne und zukunftsgerichtete Aufstellungen beinhalten wird. In einem dritten Projekt wird man die rechtliche Seite beurteilen. Es ist deshalb sinnvoll, das Postulat zum jetzigen Zeitpunkt zu überweisen.

Das Postulat beinhaltet auch einen Vergleich mit anderen Gemeinden. Der Stadtrat beurteilt diesen als heikel.

Das Hauptziel unserer neuen Organisation soll sein, dass sie schlank und schlagkräftig ist und dass wir damit für die zukünftigen Herausforderungen gewappnet sind.

Stutz Antonia

Die Stadt Baden leistet sich im Vergleich zu anderen Städten mit 1,4 Verwaltungsangestellten pro 100 Einwohner eine zu grosse Verwaltung. Bei Winterthur, Olten und Zug sind die Aufgaben, die diese Städte für Dritte erbringen, nicht heruntergerechnet, so dass die Differenz noch grösser sein dürfte als im Postulat aufgezeigt.

Das mittelfristige Ziel von maximal 1,2 Verwaltungsangestellten pro 100 Einwohnern ist sehr moderat formuliert und sollte klar unterschritten werden.

Die Schnittstellen in der Stadt Baden sind enorm, binden zu viele Ressourcen, und die Prozessabläufe sind zu wenig aufeinander abgestimmt. So kommt es zum Beispiel laufend zu Friktionen zwischen den Abteilungen Planung und Bau, Tiefbau und Immobilien. Die Fachabteilungen sollen deshalb mit den Abteilungen verschmolzen und in sechs Ressorts mit einstufigem Unterbau organisiert werden. Weniger Abteilungen reduzieren das Management und erhöhen den Inhalt für die Mitarbeitenden. Der administrative Ressortleiter soll eine Doppelfunktion ausüben und zugleich Abteilungsleiter sein. Der Stadtrat soll weniger operativ, sondern mehr strategisch arbeiten. Die Verwaltung sollte mehr Verantwortung übernehmen. Der Stadtammann hat keine Ressortverantwortung, sondern die Gesamtleitung der Stadt inne.

Selbstverständlich sind wir auch offen für andere Wege. Dieser konkrete Vorschlag soll den Weg öffnen, in neuen Organisationsformen zu denken und zu handeln.

Fritz Bosshardt

Auch das team baden forderte in der Vergangenheit wiederholt, dass die Strukturen der Verwaltung überprüft werden sollen. Unsere Enttäuschung war gross, als in der Vergangenheit eine Reform erneut gescheitert ist. In diesem Sinn stimmen wir der Überweisung des Postulats zu. Wir bitten jedoch den Stadtrat aufzuzeigen, wo die Qualität mit einer potentiellen Reorganisation verbessert werden kann und wo man Abstriche in der Qualität machen müsste. Die Messgrösse Verwaltungsangestellte pro Einwohner, die das Postulat fordert, erachten wir als schwierig. Mit der Gründung einer Werkhof AG, einer Volksschule AG und einer Polizei AG wäre das Ziel erreicht. Man hätte aber keinen einzigen Franken gespart oder die Qualität gesteigert.

In dem Sinn bitten wir, das Postulat kritisch zu begutachten.

Heimgartner Stefanie

Ich bedanke mich zunächst bei Antonia Stutz und Stefan Jaecklin für das Postulat. Vor rund zwei Jahren hat die SVP Markus Schneider von der CVP offiziell unterstützt, in der Hoffnung, dass wir endlich wieder einen bürgerlich handelnden Stadtrat haben werden. Ein Stadtrat, der auf die Finanzen schaut, wie ein erfolgreiches Unternehmen oder als ginge es um das eigene Portemonnaie. Leider haben wir seit der Abwahl von Geri Müller diesbezüglich keine grossen Änderungen verspürt. Sie haben das Postulat nun zur Überweisung vorgeschlagen, was wir begrüssen. Ich hoffe, dass viele – noch besser alle – im Postulat gemachten Vorschläge umgesetzt werden. Jetzt besteht die Chance zu zeigen, dass wir die Richtigen unterstützt haben und die Stadt Baden anfängt, unternehmerischer zu handeln.

Wir unterstützen das Postulat voll und ganz.

Rhinisperger Selena

Auch die SP-Fraktion wird das Postulat überweisen. Wir freuen uns, dass mit dieser Vorlage - nach Jahren der Sparforderungen, Vorwürfen, Budgetkämpfen und Ad-hoc-Vorschlägen für Budgetkürzungen endlich ein konkreter und konstruktiver Vorstoss eingereicht wurde. Vor allem der Vorschlag unter Punkt 2, die Organisationsstruktur der Verwaltung in sechs neu strukturierte Ressorts zu unterteilen, scheint uns prüfenswert. Dass man sich in dem Zusammenhang Gedanken zum Verhältnis der Angestellten zu der Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner macht, ist vernünftig. Wir erachten es jedoch als kritisch, diese Zahl schon im Vorhinein auf 1,2 Angestellte pro Einwohnerin/Einwohner festzulegen, ohne die spezifische Situation in Baden zu betrachten. Das Beispiel von Olten, das von den Postulanten angeführt wird, greift aus unserer Sicht nicht. Olten hat beispielsweise 2016 das Corps der Stadtpolizei in die Kantonspolizei integriert. Allein diese Massnahme hat die Stadt Olten 25 Angestellte weniger beschert, ohne dass ein nennenswerter Spareffekt erzielt werden konnte. Die weggefallenen Leistungen müssen nun bei der Kantonspolizei eingekauft werden. Um vergleichen zu können, müsste man Äpfel zu Birnen und Birnen zu Äpfel umrechnen.

Wir begrüssen die Überprüfung der vorgeschlagenen Verwaltungsreorganisation hinsichtlich Optimierung und Effizienzsteigerung in den Verwaltungsabläufen. Bezüglich der Forderung, die Verwaltung auf 1,2 Vollzeitäquivalente pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner zu reduzieren, sind wir jedoch kritisch. Letzteres ist vom Stadtrat zu prüfen.

Schmidlin Corinne

Die Grünen finden es auch sinnvoll, dem stadträtlichen Ziel der Verwaltungsüberprüfung ein wenig Schub zu verleihen. Wir werden der Überweisung des Postulats zustimmen. Wie schon erwähnt, ist auch unsere Meinung, dass die Vergleiche und Zahlen bezüglich Verwaltungsangestellte pro 100 Einwohnerinnen/Einwohner hinken. Da werden wirklich Äpfel mit Birnen verglichen. Städte aus verschiedenen Kantonen mit verschiedenen Organisationsstrukturen und unterschiedlichen Funktionen können nicht verglichen werden. Das wird in eine augenfällige, aber aussage lose Grafik gepackt und daraus soll sich ein klares Ziel ergeben, das formuliert wird.

In der zweiten Grafik des Postulats wird ein fixfertiges Organigramm gezeigt, welches aber weder digital noch im Ausdruck richtig gelesen werden kann. Es ist wahrscheinlich ungewollt. Es entspricht aber auch unserem Bedürfnis, dass die Verwaltungsüberprüfung ergebnisoffen passieren muss, und nicht jetzt schon ein solches Organigramm gezeigt werden kann. Die Frage der Überprüfung muss lauten: Welchen Herausforderungen muss sich die Stadt heute stellen? Und wie sieht es in absehbarer Zeit in der Entwicklung aus? Mit welcher Organisation, mit welcher Rollenfunktion und Mitarbeitenden kann die Stadt ihre vielfältigen Aufgaben möglichst schlank und schlagfertig erfüllen, vor allem auch zum Wohl der Gesellschaft?

Mallien Sander

Die glp ist selbstverständlich einverstanden mit dem Vorschlag - wie der Stadtrat auch. Wir möchten dem Stadtrat aber ans Herz legen, das Zusammenfassen sowohl in der Breite als auch in der Tiefe, wirklich anzugehen und genau zu prüfen. Ein Postulat ist letztendlich auch nur ein Prüfungsauftrag, also prüfen Sie gut!

Jaecklin Stefan

Ich habe noch zwei Bemerkungen:

Wir haben die Stadtpolizei in Olten tatsächlich zurück in die Verwaltung eingerechnet. Es wurde vielleicht eine Orange mit einer Mandarine, aber nicht eine Orange mit einer Banane verglichen.

Wir haben das Organigramm in einem PDF-File versandt, sodass man es lesen kann. Es wurde in der Verwaltung "verhunzt".

Schneider Markus, Stadtammann

Wir sind uns einig, dass es richtig ist, das Postulat zu prüfen und zu überweisen. Wir haben gehört, dass es um Herausforderungen geht, wie wir uns aufstellen sollen. Wir werden es ernsthaft angehen und gut ausführen. Der Prozess wurde sorgfältig und gut aufgegleist. Deshalb passt es und ist wichtig, dass Sie das Postulat heute überweisen. Das Resultat werden wir Ende Jahr sehen, wenn wir wissen, für welches System wir uns entschieden haben. Ein System oder eine Neuorganisation kann auch bedeuten, Reglemente und Pensen anzupassen. Für die kommenden Wahlen müssen wir wissen, wo wir stehen.

Beschluss:

Das Postulat Antonia Stutz und Stefan Jaecklin betreffend Verwaltungs-Reorganisation wird überwiesen.

(einstimmig)

7. Anfrage Markus Widmer vom 17. September 2018 betreffend Elternbeiträge für Klassenlager und iPad-Benutzung im Unterricht (51/18); Antwort

Groves Martin

Ich vertrete Markus Widmer, der verhindert ist. Als es ursprünglich um die Anfrage ging, betraf es ohnehin uns beide, da unsere ältesten Töchter gemeinsam in eine Klasse gehen, welche mit der Benutzung von iPads angefangen hat.

Ich bedanke mich für die Beantwortung der Anfrage. Wie man aus dem Bundesgerichtsentscheid ersehen kann, hätte der Entscheid dieses Jahr zu Mehrkosten von CHF 120'000 geführt. Die Schule sowie der Stadtrat haben deshalb im Vorfeld darauf geschaut, dass bei der angespannten Finanzlage Einsparungen getätigt werden. Wir sind froh, dass trotzdem Exkursionen, Lager usw. in einem zusätzlichen Umfang von CHF 70'000 weiter unterstützt werden.

Es gibt Klassen, welche als Pilotprojekt auf den Unterricht/Lehrmittel mit iPads umgestellt haben. Man muss ein iPad für CHF 120/Jahr mieten. Diese Miete geht zulasten der Eltern. Es ist jedoch nicht so, wie in der Vorlage steht, dass die iPads zuhause durch die Kinder uneingeschränkt genutzt werden können. Die Kinder können nicht alle Apps herunterladen. Eigentlich ist die Miete des Geräts ein schlechter Deal. Über drei Jahre gesehen zahlen die Eltern CHF 360. Am Ende gehört einem das Gerät aber nicht. Man kann es gegen Entschädigung des Restwerts kaufen. Für CHF 400 bekomme ich bei einer entsprechenden Aktion ein nagelneues iPad. Es

geht Markus Widmer und mir letztendlich um Folgendes: Schulmaterial, wie Bücher und Hefte, zahlen wir mit unseren Steuern. Das ist sozialverträglich. Den Eltern immer weitere Kosten zuzumuten - fast wie in Form von Gebühren - ist für uns unsozial. Das kratzt meines Erachtens schon ein wenig am Begriff "Volksschule", also die "Schule fürs Volk". Für viele Eltern ist es wahrscheinlich nicht einfach, der Schule mitzuteilen, dass man die Miete nicht zahlen kann, auch wenn in der Vorlage steht, dass man mit Eltern, die Probleme mit dem Finanzieren des Geräts haben, eine andere Lösung finden würde. Eigenartig finde ich die Aussage, dass in Zukunft "die Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern wählen können, ob sie den Unterricht in einer iPad-Klasse besuchen oder nicht." Hier bleibt meines Erachtens die Chancengleichheit auf der Strecke, was ich schade finde.

Es war mir eine Ehre, in den letzten Jahren mit Ihnen zusammen im Einwohnerrat die Badener Politik mitgestalten zu können. Ich danke Ihnen allen, insbesondere auch der Verwaltung für die vielen wertvollen Gespräche, von denen ich in den letzten Jahren enorm profitieren und dazu lernen konnte.

Ich wünsche allen weiterhin viel Spass und Ausdauer in der Politik. Ich habe bereits eine neue Beschäftigung gefunden. Ich gehe hin und wieder ins Bäderquartier und putze mit Spass das Bagno Popolare. Ich kann entweder vorher schnell reinsitzen und gute Gespräche führen oder ab und zu den Chef spielen, wenn es darum geht, die Badegäste aus dem Bad zu vertreiben, weil es eben gereinigt werden muss.

Müri Ruth, Stadträtin

Der Stadtrat ist auch der Meinung, dass ausserschulische Aktivitäten und Lernorte sehr wichtig sind. Deshalb haben wir das Budget im Jahr 2019 angehoben. Wir sind glücklich, dass der Einwohnerrat es genehmigt hat.

Das iPad-Projekt hat die Schulpflege im August 2017 genehmigt. Der Start dieses Projekts fand vor dem Bundesgerichtsurteil statt. Wir kennen die Situation 2017, eine angespannte finanzielle Situation. Die Volksschule machte eine Umfrage, um zu erfahren, wie andere Schulen das handhaben. Es gibt diverse Schulen, die mit dem iPad arbeiten, teilweise in der Projektphase, teilweise wurde es schon definitiv eingeführt. Im August 2017 zeigte sich, dass der Durchschnitt der Kostenbeteiligung durch die Eltern CHF 150 beträgt. Es wurde gesagt, dass es kein guter Deal sei. Meines Erachtens ist es ein guter Deal, weil es kein normales iPad, sondern ein mit einem Stift ausgerüstetes iPad, ist – ein iPad der neuen Generation. Ein solches Gerät kostet im Laden CHF 800. Das Projekt läuft zurzeit. Es kommen laufend neue Klassen dazu. Die Eltern werden jeweils vorgängig mittels eines Elternbriefs informiert. Die Schulleitung steht für Fragen und Bedenken zur Verfügung. Es wird immer darauf hingewiesen, dass Eltern aus schwierigen finanziellen Verhältnissen sich melden können. Es gibt zwei Unterstützungsfonds, die hier Gelder sprechen können, falls ein finanzielles Problem existiert. Der Stadtrat ist der Meinung, dass dadurch die Chancengleichheit gewährleistet ist.

Der Stadtrat hat das neue ICT-Konzept genehmigt. Die Schule wird mit dem neuen Lehrplan vor neue Herausforderungen gestellt. Die Idee ist, dass in Zukunft schrittweise iPads in der gesamten Sek I eingeführt werden sollen. Nach Abschluss des Pilotprojekts, wenn alles ausgewertet worden ist, wird der iPad-unterstützte Unterricht dem Bundesgerichtsurteil entsprechen und die Eltern nichts mehr kosten. Das bedeutet natürlich zusätzliche Investitionen. Diese müssen zunächst im Rahmen des Projektportfolioprozesses genehmigt werden.

8. Anfrage Thomas Amrein vom 12. Februar 2019 betreffend besserer Betreuung der Steuerzahler mittels Steuerberatung (08/19); Antwort

Amrein Thomas

Ich bedanke mich für die Möglichkeit, vor dem Einwohnerrat sprechen zu können.

Meines Erachtens ist die Beantwortung meiner Anfrage mangelhaft. Es hat den Anschein gemacht, dass es nicht im Interesse des Stadtrats ist, das Thema so ausgewogen zu behandeln, wie ich es beschrieben hatte. Es war einseitig. Es kann jedoch auch sein, dass die Anfrage nicht ganz verständlich geschrieben war. Es geht in der Anfrage darum, einen Steuergutschein zur Verfügung stellen und nicht - wie in der Beantwortung steht - um eine Steuerberatung. Es geht um die Ausstellung eines Steuergutscheins an Neuzuzüger, an Neugründer von Firmen, aber auch an Leute aus dem Mittelstand, die ihre Steuererklärung nicht optimal ausschöpfen können. Das ist natürlich, kurzfristig gesehen, nicht im Interesse der Stadt. Ich bin sicher, dass so ein Zeichen eine Stärkung des Mittelstands wäre. Es würde auch die Selbstverantwortung fördern. Es wäre auch eine gute Nachricht an die Zuzüger. Sie würden auch weitererzählen, wie gut man durch die Stadt unterstützt wird.

Schneider Markus, Stadtammann

Der Stadtrat hat sich durch die Fragen leiten lassen, um sie zu beantworten. Wir haben die Aufgaben der Abteilung Steuern sowie der Privatwirtschaft ausgewiesen. Anhand dieser Argumente haben wir die Antwort verfasst. Es tut mir leid, wenn sie von Thomas Amrein als mangelhaft empfunden wurde. Wir haben versucht, die Anfrage anhand seiner Fragen zu beantworten.

9. Alte Schmiede; denkmalpflegerische Sanierung, Einbau Jugendkulturlokal und Kulturräume; Wettbewerbs-/Projektierungskredit und Baukredit; Kreditabrechnungen (23/19)

Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin:

Ihr habt zu diesem Traktandum eine E-Mail von Marco Sandmeier erhalten, wonach eine Tabelle korrigiert worden ist. Diese wurde nochmals publiziert.

Bosshardt Fritz, Präsident Finanzkommission

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, die beiden Abrechnungen zu genehmigen. Die Mehrkosten waren für die FIKO erklärbar. Die FIKO wurde diesbezüglich vom Stadtrat bereits während der Bauphase informiert. Wir waren dementsprechend nicht überrascht. Aus Sicht der FIKO ist auch erfreulich, dass im Prüfungsbericht die wiederkehrenden Betriebskosten aufgezeigt werden. Daraus ersehen wir nicht nur die Investitionskosten; wir sehen auch, was wir dafür bekommen und vor allem, was es uns jährlich kosten wird. Wir bedanken uns für diese Transparenz.

van Petegem Steven

Es ist mir eine grosse Freude, mein erstes Votum hier im Einwohnerrat zum Kulturzentrum Alte Schmiede halten zu dürfen.

2013 stimmte das Badener Stimmvolk mit einer überwältigenden Mehrheit von 75% der Stimmen einem Baukredit über CHF 6,8 Mio. für die Sanierung und den Umbau der Alten Schmiede zu. Nun wurde aber CHF 8,7 Mio. benötigt. Damit wurde das ursprüngliche Budget um mehr als 25% überschritten. Der Betrag wäre noch höher gewesen, hätte man nicht auf die geplanten Akkustikmassnahmen verzichtet. Im vorliegenden Bericht werden die Mehrkosten im Detail beschrieben. Dabei gibt es zwei Punkte, die besonders ärgerlich sind.

1. Die Kosten für die Altlastensanierung wurden nur grob geschätzt, ohne Kenntnis der genauen Situation. Trotzdem wurden diese Kosten im Abtretungsvertrag mit der ABB festgelegt, ohne Rücksicht auf allfällige Mehrkosten.
2. Es gab noch die Überraschung mit der Aargauischen Gebäudeversicherung. Dass eine Rauch- und Wärmeabzugsanlage zuerst nicht, und dann zu einem späteren Zeitpunkt doch verlangt wurde, können wir schwer nachvollziehen. Aus dem uns vorliegenden Bericht geht der eigentliche Grund nicht hervor. War es ein Kommunikationsfehler, wurden die Vorschriften geändert, oder ist es auf die Inkompetenz der AGV oder des Architekturbüros zurückzuführen?

Wir Grünen werden trotz dieser Mehrkosten der Abrechnung für die Kredite zustimmen. Wir möchten aber gerne vom Stadtrat erfahren, wie er gedenkt, solche doch recht grossen Mehrkosten in Zukunft zu vermeiden.

Schauen wir noch kurz auf das Endergebnis. Die Produktionsräume und der Hallenraum werden trotz Einschränkungen gut genutzt. Das Jugendkulturlokal Werkk hatte einen eher schwierigen Start. Die Besucherzahlen blieben am Anfang unter den Erwartungen. Das hatte sicherlich damit zu tun, dass noch nicht alles zu Ende gedacht worden war. Umso erfreulicher sind die aktuellen Zahlen. Mehr Veranstaltungen, mehr Besucher, mehr Vermietungen, und das Badener Publikum wird besser erreicht. Viele Jugendliche und junge Erwachsene leisten wichtige Freiwilligenarbeit. Das Kulturprogramm überzeugt durch Vielfalt. Rock & Jazz, Drum & Bass, Party Hits und Hip-Hop. Das alles steht in den nächsten vier Tagen auf dem Programm. Aus persönlicher Sicht freue ich mich, als Vorstandsmitglied vom Kulturhaus Royal, über die gute Zusammenarbeit. Wir Grünen gratulieren dem ganzen Team vom Werkk zu dieser Erfolgsgeschichte.

Füllemann Mark

Eine Kreditabrechnung, die den bewilligten Betrag um mehr als 25% überschreitet und rund 1,86 Millionen mehr Steuerfranken verschlingt, ist an sich unbefriedigend. Was sie zu einer miserablen Kreditabrechnung macht, sind drei zusätzliche Faktoren: Es fehlen jegliche Lehren für die Zukunft. Sie ist inhaltlich unsorgfältig verfasst worden und sie zeigt die Ohnmacht des Einwohnerrats.

Zu den Lehren: Henry Ford sagte einmal: "Suche nicht nach Fehlern, suche nach Lösungen!" Wer welche Fehler gemacht hat, interessiert die FDP nicht. Wir wüssten aber gerne, welche Lösungen für die Zukunft der Stadtrat anstrebt, welche Lehren er gezogen und welche Prozesse er geändert hat. Die Altlasten verschwinden mit der Sanierung der Alten Schmiede nicht aus dem Stadtgebiet. Dabei wird der Brandschutz immer ein Problem darstellen, wenn städtische Liegenschaften Begegnungsstätten sind. Dazu findet sich kein Wort in der Kreditabrechnung. Dafür enthält sie - unsorgfältig redigiert - seitenweise Sätze, die aus der ursprünglichen Kreditvorlage übernommen wurden, obwohl diese Kreditvorlage der Abrechnung beigelegt worden war. Statt die Zahlen in einer Tabelle übersichtlich darzustellen, tauchen zwei Tabellen auf, dazu noch ein Nettobetrag im Text samt einem um vier Prozent zu tief errechneten Prozentsatz der

Kreditüberschreitung. Wer sich fragt, wo die in der Kreditvorlage versprochenen Drittmittel von Sponsoren und Stiftungen geblieben sind, findet hierzu ebenfalls keine Aussage. Dafür findet man Beurteilungen mit Superlativen, wie "einmalig" und "einzigartig", ohne Angabe, um wessen Urteil es sich hier handelt.

Was nun? Leider ist der Einwohnerrat einmal mehr ohnmächtig. Eine Ablehnung oder eine Zurückweisung bringen nur administrativen Aufwand ohne jeglichen Nutzen. Also werden wir die Abrechnung durchwinken müssen - wobei ich mich persönlich der Stimme enthalten werde.

Wälty Luca

Das team baden sieht die Kreditabrechnung nicht so kritisch wie die FDP und stimmt ihr zu. Wir danken allen beteiligten Abteilungen für die geleistete Arbeit.

Im September 2015 öffnete das Werkk die Tore. Wie schon erwähnt, konnte sich der Betrieb - nach anfänglichen Schwierigkeiten - in den letzten 3 1/2 Jahren stabilisieren und sich über die Grenzen der Stadt etablieren. Aus Sicht des team baden ist es lobenswert, dass nebst dem Jugendkulturlokal alle Bandübungsräume, die Atelierräume und die grosse Halle verwirklicht werden konnten. Es wurde somit eine Plattform geschaffen, wo junge Kulturschaffende aus der ganzen Region sich verwirklichen können.

Kohler Sandra, Stadträtin

Ich bedanke mich für die diversen Voten sowie auch für die Anerkennung unserer Transparenz, vonseiten der FIKO, bei der wir uns sehr bemüht haben, sie auszuweisen. Das Thema der Altlastensanierung ist sicherlich unerfreulich. Wie einige von Ihnen wissen, prüft und beurteilt man beim Bauen gewisse Dinge. Bei einer bestehenden Substanz kann es jedoch immer zu Überraschungen kommen. Ich war bei der Vertragsverhandlung nicht anwesend und kann somit die Details nicht ausführen. Ich könnte Jarl Olesen nach vorne bitten, damit er zum Thema Altlastensanierung etwas ausführen kann.

Olesen Jarl

Die Altlastensanierung liegt einige Zeit zurück. Aufgrund der öffentlich-rechtlichen Verträge betr. Freiflächen ist die ABB Immobilien AG verpflichtet, Freiflächen, auf welchen die Alte Schmiede steht, altlastenbereinigt und kostenlos der Stadt Baden zu übergeben. Damals, als die Alte Schmiede hätte erhalten werden sollen, war noch nicht klar, wie das Projekt auszusehen hätte. Als die Stadt Baden den Wunsch äusserte, zu erfahren, wie hoch die Kosten für die Altlastensanierung sein würden - was eigentlich im Interesse der ABB gewesen wäre - haben sie gesagt, dass sie keine Untersuchung machen würden, weil sie vom Projekt abhängig sei. Das ist auch richtig, denn nicht alle Altlasten müssen entfernt werden, sondern lediglich bereinigt. Man hat, wie in der Vorlage beschrieben, eine Grobabschätzung gemacht und ist so zu diesen Kosten gekommen. Sie waren höher. Die Abteilung Planung und Bau, mit Unterstützung des Stadtrats, erarbeitete eine zweite Sanierungsvariante, die günstiger ausgefallen ist. Wir hatten mit der ABB Immobilien AG Differenzen, welche Altlasten zulasten der ABB Immobilien AG entfernt werden mussten. Die ABB Immobilien AG setzte sich auf den Standpunkt, sie wären für die produktionsbedingten Altlasten zuständig, nicht für solche, die sich bereits im Gebäude befanden (z.B. "altlastenbelastete" Materialien für den Anstrich oder zur Isolation). Die Stadt Baden war anderer Meinung. Wir hätten nur vor Gericht herausfinden können, wer Recht hat. Ein Jurist hat uns beraten. Wie in der Vorlage steht, wären die Aussichten auf Erfolg für die Stadt Baden nicht so

gross gewesen. Deshalb mussten wir in den "sauren Apfel" beissen. Wir haben unsere Lehren daraus gezogen. Offensichtlich habe ich mich Mark Füllemann bei unserem Treffen nicht deutlich genug erklärt. Im Vertrag, den wir nicht ändern können, ist die Rede von "Altlasten". Es wird nicht spezifisch zwischen produktionsbedingten Altlasten und bereits im Gebäude befindliche Altlasten differenziert. Wir werden beim nächsten Mal selbstverständlich, ob bei ABB oder einer anderen Firma, genau das explizit erwähnen, damit wir keine Überraschungen mehr erleben werden.

Kohler Sandra, Stadträtin

Wir haben unsere Lehren daraus gezogen. Das ist eine Baukreditabrechnung. Ich bin der Meinung, wir sollten keine grosse Abhandlung machen, was wir in zukünftigen Prozessen ändern sollten. Wir sind immer bemüht, höchste Genauigkeit zu erarbeiten. Das ist bei allen Projekten so.

Zur Rauchanlage: Es ist tatsächlich so. Die Gespräche wurden so geführt, und die Aussagen wurden so gemacht von der AGV. Sie hat jedoch das Recht, nachher andere Auflagen zu verfügen. Mit dem mussten wir danach umgehen. Die Sponsoring-Gelder sollten in der Vorlage aufgeführt werden, es waren, wie Mark Füllemann erwähnte, betriebliche Beiträge, welche nicht in den Bau flossen. Persönlich möchte ich an der Vorgeschichte in der Vorlage festhalten.

Wir schätzen das Werkk uns stehen hinter dem Projekt. Wir sind der Meinung, dass die Vorlage transparent ist. Die FIKO hat es auch so beurteilt. Ich bitte Sie, die Abrechnung zu genehmigen.

Beschluss:

1. Die Abrechnung des Wettbewerbs- und Projektierungskredits für die denkmalpflegerische Sanierung der Alten Schmiede sowie den Einbau des Jugendkulturlokals und von Kulturräumen, schliessend mit CHF 922'491.15, wird genehmigt.

(grossmehrheitlich)

2. Die Abrechnung des Baukredits für die denkmalpflegerische Sanierung der Alten Schmiede sowie den Einbau des Jugendkulturlokals und von Kulturräumen, schliessend mit CHF 8'740'278 brutto bzw. 8'660'078.00 netto, wird genehmigt.

(grossmehrheitlich)

10. Bestattungswesen; Entwicklungskonzept Friedhöfe Baden; Kreditabrechnung (24/19)

Bosshardt Fritz, Präsident Finanzkommission

Die FIKO empfiehlt die Kreditabrechnung zu genehmigen, auch wenn wir über die grossen Abweichungen bei den Einzelposten nicht erfreut waren. Die FIKO-Mitglieder haben die schöne, neue Broschüre gelobt, wobei man sich im Zeitalter der Digitalisierung fragen kann, ob es nötig ist, diese auf Papier zu drucken.

Ramseier Philippe, Stadtrat

Vielen Dank für die tollen Feedbacks. Wir haben in dem Fall einen effizienten Prozess angewandt. Dieser führte zu den erwähnten Abweichungen bei gewissen Einzelpositionen. Dieser ist aber verantwortlich dafür, dass wir unter Budget geblieben sind. Ich gebe die Feedbacks gerne weiter, vor allem das Kompliment.

Wir sind nach eingehender Prüfung zum Schluss gekommen, dass es im vorliegenden Fall sinnvoll ist, die Broschüre zu drucken. Die Adressaten würdigten diesen Entscheid.

Beschluss:

Die Kreditabrechnung Entwicklungskonzept Friedhöfe Baden, schliessend mit brutto CHF 799'093.90 bzw. netto CHF 786'057.15, wird genehmigt.

(einstimmig)

11. Erneuerungen der zentralen Informations- und Kommunikationstechnik (ICT) und Umsetzung ALL-IP; Kreditabrechnung (25/19)

Bosshardt Fritz, Präsident Finanzkommission

Ich zitiere die prüfenden FIKO-Mitglieder. Die finanzielle Prüfung wurde durchgeführt. Die Abrechnung ist einwandfrei. Was wir dafür erhalten haben, kann man nicht beurteilen. Die FIKO empfiehlt Ihnen, die Abrechnung zu genehmigen.

Beschluss:

Die Kreditabrechnung für die Erneuerung der zentralen Informations- und Kommunikationstechnik (ICT) und die Umsetzung "ALL-IP", schliessend mit CHF 408'338.65, wird genehmigt.

(grossmehrheitlich)

12. Verabschiedungen

Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin

Lieber Peter

Ich hätte es super gefunden, wenn du noch länger im Einwohnerrat Baden geblieben wärst. Der Einwohnerrat zeichnet sich aus, dass 50 Menschen im Saal sind mit einem unterschiedlichen Hintergrund und einer unterschiedlichen politischen Einstellung. Sie prägen die Entwicklung von Baden mit. Du hast im Rat dein grosses Planungswissen und dein grosses Planungsverständnis eingebracht. Und das immer mit deiner wunderbar unaufgeregten Art und ruhiger - und wie ich finde - sonoren Stimme.

Du bist seit 2014 im Einwohnerrat und in der STRAKO. Gerade in dieser Zeit war dein Wissen sehr wertvoll. Z.B. beim Baukredit für das Oberstufenzentrum, für den Brown Boveri-Platz, der

Sanierung des Schulhauses Pfaffechappe oder der Diskussion des Energieleitbilds. Du hast Baden gerne. Das war in deinem Engagement spürbar. Ich habe auch deinen Aussenblick oder deinen Planerblick, den du auf die Stadt hattest, sehr geschätzt. Du wechselst deinen Wohnort nach Zürich, deshalb musst du leider den Einwohnerrat verlassen.

Ich bedanke mich für dein Engagement im Einwohnerrat Baden, und danke dir, dass du Baden in dieser Zeit mitgeprägt hast.

von Planta Gian

Lieber Peter

Du verlässt uns, weil du nach Zürich ziehst. Wie du dir vorstellen kannst, habe ich kein Verständnis dafür, aus zwei Gründen:

1. Ich kann gut verstehen, wenn man von Zürich nach Baden kommt. Von Baden nach Zürich kann ich mir nicht vorstellen. Du wirst aber sicherlich auch in Zürich glücklich werden. Du warst knapp fünf Jahre im Einwohnerrat. Was aber noch bedeutender ist: Du warst 12 Jahre in der Baukommission. Du konntest dort dein Fachwissen als erfolgreicher Architekt wunderbar einbringen. Was mir aufgefallen ist, ist, dass dir nicht nur die Gebäude wichtig sind, sondern auch der öffentliche Raum, weil der öffentliche Raum einen wesentlichen Anteil daran hat, dass eine Stadt lebenswert ist. So ist es nicht verwunderlich, dass dein einziger Vorstoss sich um die Sauberkeit im öffentlichen Raum gehandelt hat. Du hast nämlich die Plakatierung im Rahmen unserer Wahlkampagnen ein wenig eindämmen wollen. Deine Sorge um den öffentlichen Raum kam immer wieder hervor. Ich erinnere mich, als wir über die Velostation gesprochen haben, wie du uns wunderbar erklärt hast, was der Unterschied zwischen Toi Toi-Häusschen und einem belgischen Pissoir ist. Du hattest eine spannende Idee, um den öffentlichen Raum zu beleben, als es um den mangelnden Platz für Schulklassen ging. Dein Vorschlag, die leeren Ladenlokale in der Innenstadt zu mieten, um die Schulklassen dort einzuquartieren. Noch etwas anderes ist mir im Gedächtnis geblieben. Es war ein wenig brachial. Dein Vorschlag, um zwischen dem Innen- und Aussenraum eine bessere Verbindung zu schaffen, im Kunstraum ein grosses Loch in die Betonwand zu schlagen. So hätten die Badener vielleicht auch etwas mehr vom Kunstraum.

Lieber Peter, wir werden dich als Mensch vermissen. Wir werden deine Voten, deinen Humor, und nicht zuletzt deine Fachkompetenz vermissen. Wir möchten dir ein Geschenk mit auf den Weg mitgeben. Zuerst dachten wir an ein Abonnement für das Terrassenbad, da du gerne Gebrauch gemacht hast von den frühen Öffnungszeiten um 6.00 Uhr morgens. Die Reise von Zürich nach Baden um 6.00 Uhr morgens wäre aber wahrscheinlich etwas zuviel für dich. Was hat Baden, was Zürich nicht hat. Zürich hat kein grosses Thermalbad. Wir werden es bald haben. Deshalb haben wir dir vorsorglich einen exklusiven Eintritt für dich und deinen Freund im Thermalbad in Baden organisiert.

Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin

Lieber Martin

Du bist ein Schwerarbeiter. Seit 2012 bist du im Einwohnerrat. Du warst Fraktionspräsident, Mitglied der FIKO und Absender vieler Motionen, Postulaten und Anfragen. Du hast die Politik in Baden unglaublich mitgeprägt. Dinge, die dich störten, hast du nicht einfach ausgesessen, du wolltest sie ändern. Du hast immer den Dialog mit der Verwaltung mit dem Stadtrat und den anderen Parteien gesucht. Im Rat war deine Debattierfreudigkeit spürbar. Du hast angegriffen,

eingesteckt, den Rat zum Lachen gebracht. Legendär war dein Auftritt mit Dani Glanzmann beim Vorzeigen des Defibrilators. Hie und da hast du sicherlich den einen oder anderen Einwohnerrat geärgert. Meistens nicht lang, weil du nach jeder Sitzung zu einem Bier mitgekommen bist. Das hast du durchgezogen. Dann bist du mit deiner offenen, geselligen und herzlichen Art auf alle zugegangen. Ein Schwerarbeiter braucht viel Energie. Du möchtest diese Energie noch bei anderen Projekten einsetzen. Wie du vorhin gesagt hast, bist du schon fleissig am Putzen. Auch das ist sicherlich ein gutes Engagement.

Danke Martin für die viele Zeit, die du für Baden eingesetzt hast.

Kessler Stefanie

Sieben Jahre Einwohnerrat und rund vier Jahre Fraktionspräsident. Heute verabschieden wir dich.

Ich danke dir im Namen der SP-Fraktion für dein grosses Engagement, für die vielen Stunden, die du für die Partei geleistet hast, und vor allem für das viele Herzblut, das geflossen ist. Wir werden dich sehr vermissen. Es ist schwierig für uns zu wissen, dass du wirklich gehst. Wir wünschen dir von Herzen alles Gute. Du bleibst ja in Baden. Wir werden dich beim Reinigen vom Bagno Popolare besuchen. Vielleicht musst du uns dann auch wegschicken. Wir übergeben dir etwas fürs Velo. Der Sommer steht vor der Tür. Es ist ein Gutschein der Bike Zone, vielleicht für eine Generalreinigung, einen Frühlingsputz oder was auch immer du möchtest. So kannst du nach wie vor durch die Stadt flitzen. Wenn's geht, bleib uns treu!

Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin

Wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Vielen Dank für die interessanten Diskussionen. Ich erhöhe den Druck nochmals auf den Stadtrat. Ich hoffe, dass wir uns im August an der ER-Sitzung sehen, mit wertvollen guten Traktanden und das in Rütihof.

Auf Wunsch von Peter Berger und Martin Groves gehen wir heute in den Rebstock. Peter und Martin würden sich freuen, wenn die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder der Verwaltung und die Medienschaffenden dabei wären.

Sitzungsende: 21.50 Uhr

EINWOHNERRAT BADEN



Karin Bächli
Präsidentin



Marco Sandmeier
Protokollführer